

Der endgültige deutsche Stabilisierungsplan.

Beamtensverminderung. — Achtstundentag und Produktionssteigerung.

Die neue Note an die Reparationskommission.

Berlin, 14. Nov. Die Reichsregierung hat an die Reparationskommission folgende Note gerichtet: Herr Präsident! Nachdem seit Liebererreichung des Schreibens der Reichsregierung vom 8. d. M. inzwischen auch das zweite Gutachten der von der Reichsregierung berufenen internationalen Sachverständigen eingegangen ist, werden der Reparationskommission die beiden Gutachten mit der Bitte um Kenntnisnahme übermittelt. Die deutsche Regierung macht sich den Inhalt dieser Gutachten in ihren Grundzügen zu eigen und unterbreitet auf Grund der inzwischen mit der Reichsbank zum Abschluss gekommenen Verhandlungen in Ergänzung ihrer Vorläufige in dem Schreiben vom 4. und 8. November d. J. folgenden zusammenfassenden

Plan für die Hebung und Festigung des Marktkurses:

1. Die endgültige Stabilisierung des Marktkurses erst eintritt, wenn die Reparationsfrage entsprechend der Vollzugsfähigkeit Deutschlands endgültig geregelt ist. Da aber angeht, dass der in letzter Zeit eingetretenen Zerrüttung der Marktkurse auf eine solche Regelung nicht mehr gewartet werden kann, so ist sofort eine vorläufige Aktion zu ihrer Hebung und Festigung notwendig.

2. Eine solche vorläufige Aktion kann, wie die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, nicht allein mit deutschen Mitteln geschehen. Um das verlorengegangene Vertrauen zur Mark wieder herzustellen, ist die Mitwirkung des Auslandes notwendig.

3. Die Deutsche Reichsbank hat sich bereit erklärt, den Betrag von 50 Millionen Goldmark in Gold oder Devisen für die Stützungsfaktion zur Verfügung zu stellen.

4. Die Inangriffnahme der Stützungsfaktion erfordert folgende Voraussetzungen:

a) Deutschland wird für drei bis vier Jahre von allen Dar- und Zinsleistungen aus dem Verträge von Versailles befreit. Die Zinsleistungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete werden weiter, soweit sie ohne Vermehrung der schwelenden Schulden, d. h. aus laufenden Einnahmen oder inneren Anleihen, bestritten werden können.

b) Deutschland erhält für die Stützungsfaktion einen von ausländischen Banken gesicherten Kredit von mindestens 500 Millionen Goldmark, so daß für die Stützungsfaktion ein Gesamtbetrag von mindestens einer Milliarde Goldmark zur Verfügung steht.

5. Die vorstehenden Voraussetzungen sind auch von der Reichsbank für die Bereitstellung von 500 Millionen Goldmark unter Inanspruchnahme ihres Goldbestandes aufgestellt worden. Eine Haftung oder Garantie für den ausländischen Bankkredit vermag die Reichsbank daneben jedoch nicht zu übernehmen. Die für die Kreditgeber erforderlichen Sicherheiten werden unter Genehmigung der Reparationskommission vom Reich zu stellen sein.

6. Die von den ausländischen Banken und der Reichsbank bereitgestellten Mittel werden unter Vermeidung der Organisation der Reichsbank von einer unabhängigen Stelle verwaltet, die aus Vertretern der ausländischen Kreditgeber, der Reichsbank und der Reichsfinanzverwaltung gebildet wird.

7. Diese Stelle wird zunächst den Kurs des Reichsmark unterbreiten. Sie wird in erster Linie das im Ausland (New York, London, Amsterdam, Brüssel usw.) verfügbare Material an Reichsmark für die Bedienung des Reiches anfangen zu suchen, was gleichzeitig an einem Rückgang der Devisenkurse führen wird. Im weiteren wird sie durch den Kauf und Verkauf von Devisen im In- und Auslande den Kurs des Mark zu regulieren suchen.

8. Sobald durch die Stützungsfaktion der Kurs des Mark so weit verbessert ist, daß das innere Vertrauen wiederhergestellt ist, wird die deutsche Regierung

eine innere Goldanleihe

unter entsprechenden Bedingungen ausgeben. Die deutsche Regierung ist ferner bereit, auswärtige Anleihen anzulegen, die zu angemessenen Bedingungen erhältlich sind. Schon während der in Nummer 4 genannten Periode wird der Betrag der inneren Anleihe zur Hälfte, derjenige der äußeren Anleihe in voller Höhe zur Abdeckung der Dar- und Zinsleistungen aus dem Verträge von Versailles verwendet. Die andere Hälfte des Betrags der inneren Anleihe dient dem Bedarfs des eigenen Haushalts Deutschlands, insbesondere zur Begleichung des Stützungskredits.

9. Durch die vorstehenden Maßnahmen wird Deutschland in die Lage versetzt,

das Gleichgewicht in seinem Haushalt herzustellen, das Ausweichen der schwelenden Schulden aufzuhalten und die Disziplinierung von Schatzungsleistungen bei der Reichsbank in absehbarer Zeit einzuleiten. Sobald der Haushalt im Gleichgewicht ist, werden Anleihen nur noch für Zwecke der Bedienung der schwelenden Schulden nur als vorläufige Beschaffungsmittel bis zur Auslösung der betreffenden Anleihe anzunehmen sein. Die Ursachen der Inflation fallen damit fort.

Durch innere Reformen

wird Deutschland seine Ausgaben einschränken und seine Einnahmen erhöhen. In dieser Richtung werden besonders ins Auge gefaßt die Aushebung entbehrlich werdender Be-

hörden, die Verminderung der Zahl der Angestellten und Beamten, die Vermeidung unproduktiver Ausgaben, die Vermeidung gelegentlicher Maßnahmen, die neue Ausgaben verursachen, auf die dringenden Erfordernisse, die produktive Befähigung der Reichsbetriebe zur Erzielung ihrer Rentabilität.

10. Deutschland wird alle erforderlichen geeigneten Maßnahmen ergreifen, um insbesondere durch Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit zu einer Steigerung der Produktion und damit zu einem Ausgleich der Handelsbilanz zu gelangen.

In diesem Zwecke wird insbesondere die Neuordnung des Arbeitsrechtes unter Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit unter Zulassung geschlechtlicher Ausnahmen auf tariflichem oder behördlichem Wege zur Behebung der Notlage der deutschen Wirtschaft in die Wege geleitet. Alle Maßnahmen zur Weiterbildung von Qualitätsarbeitern werden gefördert, der Luxusverbrauch beschränkt werden. Gewisse Steigerungen der landwirtschaftlichen Produktion wird die Zwangsbewirtschaftung des Brogetreibes abgebaut werden. Bei einer Besserung der Marktsituation werden die Maßnahmen für die bisherige Getreidepolitik fortgesetzt.

11. Bei der Festlegung des Marktkurses werden andererseits die ausländischen Staaten diejenigen Beschränkungen der Einfuhr deutscher Waren aufheben müssen, welche durch den Niedergang der deutschen Währung veranlaßt worden sind. Auch im übrigen wird Deutschland

die wirtschaftspolitische Gleichberechtigung

in allen Beziehungen eingetragt und die Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaftsverwaltung im besetzten Gebiete wieder hergestellt werden müssen, um den Ausgleich der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz zu ermöglichen.

Um den vorstehend niedergelegten Plan ausführen zu können, unterbreitet die deutsche Regierung der Reparationskommission

nachstehende Anträge:

a) Die endgültige Festlegung der Verpflichtungen Deutschlands so bald wie möglich in solcher Höhe herbeizuführen, daß die einschließlich des Zinseszins für die aufzunehmenden Anleihen aus dem Lieberertrag des Haushalts bestritten werden können.

b) Zunächst für die Dauer von drei bis vier Jahren den Kurs des Reichsmark von allen Dar- und Zinsleistungen aus dem Verträge von Versailles unter dem in Nummer 4, Absatz 2, gemachten Vorbehalt für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu befreien.

c) Unverzüglich eine Konferenz von internationalen Finanzgelehrten zum Zwecke der Beratung über den Deutschland zu gewährenden Bankkredit einzuberufen, während auch die deutsche Regierung ihrerseits bereit ist, die Einberufung einer solchen Konferenz zu übernehmen.

d) Die Anträge zu unterstützen, welche die deutsche Regierung bei den beteiligten Regierungen für die Verwirklichung der in Nummer 11 bezeichneten Forderungen stellen wird.

Die Uebermittlung der deutschen Note.

Paris, 14. Nov. Die Reparationskommission hat heute nachmittag in Deutschland bereit veröffentlichte Note der deutschen Regierung der Kommission übermittelt. Nach dem „Temps“ wird morgen vormittag eine offizielle Sitzung der Kommission stattfinden, um über die Kohlen- und Goldlieferungen für die nächsten Monate Bescheid zu fassen. Am Mittwoch nachmittag wird wiederum eine unverbindliche Sitzung stattfinden, in der man sich mit den deutschen Vorschlägen beschäftigen wird. (W. T. V.)

Bradburn über die Berliner Konferenz.

London, 14. Nov. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt: Sir John Bradburn werde am Mittwoch nach London abfahren, um der britischen Regierung über die auf der Berliner Konferenz erzielten Ergebnisse zu berichten. Bradburn teilte dem Berichterstatter mit, während der Erörterungen habe er sich in vollständiger Uebereinstimmung mit Churchill befunden. Der Kurs der Note in Deutschland sei jetzt von jedem Mitgliede der Kommission vollkommen anerkannt. Dies sei ein wertvolles Ergebnis des Berliner Besuchs. Wenn in Einzelheiten Meinungsverschiedenheiten auftraten sollten, so würden sie allein auf Verschiedenheiten in wirtschaftlichen Urteilen zurückzuführen sein. Wenn eine Katastrophe vermieden werden sollte, müßten sofortige Schritte getan werden. Es sei klar, daß die Kommission wenig tun könne, um den Deutschen zu helfen, wenn die Deutschen nicht bereit seien, sich selbst zu helfen. Die Kommission erwarte daher mit einiger Vorsicht die Nachprüfung des Plans durch die deutsche Reichsregierung, der die Stabilisierung der Mark bezwecke. Bradburn mißbilligt weiter ernstlich die Politik der finanziellen Kontrolle oder des Zwanges. Eine solche Politik würde nach seiner Ansicht direkt zur Katastrophe führen, die unvermeidlich den Franken dahin führen würde, wo die Mark bereits sei.

Die Aenderung der Geschäftsordnung im Reichstag.

(Druckmeldung unter Berliner Schriftleitung.) Berlin, 14. Nov. Präsident Ebert genehmigt bei Öffnung der Sitzung des Reichstages den Entwurf, den die Deutsche Republik betroffen worden ist. Das deutsche Volk nehme innigen und schmerzlichen Anteil an dem schweren Schicksalsschlag, der das Land betroffen hat. Während dieser Anrede hat sich das Haus von den Säulen erhoben und der Präsident hielt das Einverständnis sämtlicher Abgeordneter mit seinen Worten fest.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst 25 kleine Anfragen. Eine Anfrage des Abg. Dr. Nieber (D. Sp.) betrifft die bedrückte Lage eines großen Teiles der deutschen Wirtschaft infolge der maßlosen Teuerung. Einzelne Betriebe, so in Rathenow, seien bereits genötigt, in Fabriken Lohnarbeiten zu verrichten oder sonstige Nebenarbeiten zu suchen. Regierungsbefehl wird erwidert, daß vom 1. November ab in Preußen die Grundgebühren der Rentendrate erneut erhöht werden sollen. Sachsen und Bayern würden sich dem voraussichtlich anschließen. Die Reichsregierung sei bemüht, eine geschickte Regelung für das ganze Reich herbeizuführen.

Auf eine Anfrage von kommunistischer Seite, ob der Reichsbankpräsident Davenheim nach seiner Rückkehr aus London erklärt habe, er sei nicht verpflichtet, der Reichsregierung irgendwelche Ausschüsse zu geben, wurde regierungsbefehl erwidert, daß Reichsbankpräsident Davenheim, nach seiner Rückkehr aus London die Bereitwilligkeit erklärt habe, mit allen Mitteln einzugreifen. Nähere Mitteilungen über die Abmachungen mit der Bank von England zu machen, lehnte er ab, da es um eine rein geschäftliche Transaktion gehandelt, zu deren Geheimhaltung er verpflichtet sei. Nach Wunsch der Reichsregierung treffe es an, daß für den Reichsbankpräsidenten keine Verpflichtung bestehe, der Reichsregierung Mitteilungen über geschäftliche Verhandlungen zu machen.

Auf die Anfrage der Sozialdemokraten wegen der angeblichen Ausfuhr eines Diamants

im Werte von mehreren Millionen Mark als Brautgeschenk für die zweite Ehefrau des Kaisers antwortete der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, einen Ausfuhrantrag für ein Diamant oder sonstigen wertvollen Schmuck, der für den ehemaligen Kaiser bestimmt wäre, wurde bei den zuständigen Ausschüssen nicht ermittelt. Die Nachforschungen des Landesfinanzamtes Groß-Berlin nach einem Schmuckstück, das in Preußen erwähnt war, hätten ergeben, daß es sich um einen Schmuck handele, der von einem schlesischen Grafen zur Umarbeitung einem Berliner Juwelier übergeben worden ist und im Eigentum der Familie in Deutschland verbleibe. Die Reichsregierung habe daher keine weiteren Schritte veranlaßt.

Abg. Dr. Cuaaz (D. Sp.) befragt sich über den Kosten der Kartoffelverladung. Regierungsbefehl wird erwidert, daß bisher bereits 80 000 000 Zentner Kartoffeln mehr verladen worden seien, als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die arbeitsmäßige Verladung habe sich in großem Umfang Kartoffeln selbst beschafft.

Abg. Schulz-Bromberg (D. N.) beantragt die Aufhebung der Sitzung und Aenderaumung einer neuen Sitzung, womöglich noch heute, in der die Regierung zu erscheinen und Erklärungen über die Lage abzugeben haben. Aus den Zeitungen sei ersichtlich, daß die Regierung eine neue Note an die Reparationskommission für das Land übergeben habe. Sei die Regierung so aktionsfähig, so müßte sie auch dem Reichstage Rede und Antwort stehen. Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Schmidt-Sachsen (Soa.) berichtet dann über den Geschäftsordnungsantrag.

Mit der Vorlage ist eine Vereinfachung der Geschäftsordnung erreicht worden. Die Nachbetrachtungen des Präsidenten werden verkürzt. Er kann auch den Ausschluß von Abgeordneten aus der Sitzung verfügen. Die Zahl der kleinen Anfragen soll vermindert werden. — Reichstagspräsident Abg. Ebert (D. Sp.) befragt die Mängel des letzten parlamentarischen Betriebes. Die Zeiten seien in der Regel zu lang. Man habe im Lande vom Reichstag vielfach den Eindruck von einer Müllde, bei der mit möglichst viel Geklawer sehr wenig Wehl erzeugt werde. (Zustimmung.) Sollte man radikal vorgehen, so müßte man die Zahl der Reden und die Anzahl der Abgeordneten, die Zahl der Reden und die Länge der Reden auf die Hälfte beschränken. Eine größere Konzentration sei unbedingt erforderlich.

Abg. Weiser (Centr.) stimmt diesen Ausführungen zu. Die im ganzen Lande als richtig empfunden würden. Eine Verkürzung der Redezeit sei unbedingt erforderlich. Abg. Weiser weist darauf hin, daß seit 1921 insgesamt 1800 Anfragen gestellt wurden, von denen jede 10 000 Mk. kostete. Dazu sei das Geld des Volkes zu wenden.

Abg. Graf-Fürstingen (D. N.) verlangt Abmilderung der Interessen der Mehrheit und der Minderheit, wendet sich grundförmlich gegen eine geschäftsordnungsmäßige Beschränkung der Redezeit. Auf die Anfragen könne nicht verzichtet werden. Bezeichnend für den heutigen Parlamentarismus sei es, daß man die Autorität des Präsidenten mit Präsenz-Entscheidung erzwingen wolle. In England, Frankreich, Italien habe man dazu die bewährte Macht. Seine Freunde beantragten deshalb eine Parliamentswache. Abg. Graf-Fürstingen (D. N.) will die Lösung vor dem wahren Parlamentarismus erörtern. (Aachen links.) Zuruf: Welche Uniform? Ich nehme an, daß sie nicht den Sommer trägt! (Lachen.) — Abg. Dr. Dahl (D. N.) wünscht einen neuen Verkehrsvertrag und andere Bestimmungen über die Rededauer. Wir unterschreiben, Bestimmungen über die Rededauer. Wir unterschreiben, sagt Redner, alles, was Präsident Ebert hier gesagt hat. Seine Freunde beantragten eine halbhandige Redezeit. — Abg. Brodowicz (Centr.) kann die neue Geschäftsordnung als ein großes Werk nicht betrachten. Zur Formulierung der Wähler genüge es, wenn die Reden auf eine bestimmte Zeit beschränkt würden.

Abg. Eichhorn (Centr.): Der Ausschluß von Abgeordneten widerspreche dem Geiste der Verfassung. Nicht einmal in Preußen habe man solche einschneidende Bestimmungen. Da sollte sich der Reichstag doch doppelt schämen. — Abg. Ledebour (F. Fr.) beantragt Vertagung, um endlich einmal die Würde des Hauses zu wahren. Wir sollten doch hier weiterreden, weil die Gramme Wirt noch über dem Ausdruck bräte, daß ihr Stimmensitz nicht gelegt habe. (Lachen.) — Der Antrag auf Vertagung wird angenommen. Präsident Ebert teilt mit, daß eine Erklärung der Reichsregierung noch immer nicht eingelaufen ist. Er schlägt vor, die nächste Sitzung morgen abzuhalten und es dem Präsidenten zu überlassen, auf die Tagesordnung entweder die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung zu setzen, falls die Mitteilung der Regierung noch eingeht, oder aber einen gemeinsamen Antrag aller Parteien auf Aenderung der Verordnungs-, Kolonial- und Auslandschadensgesetzgebung und die Interpellation über die Not der deutschen Landwirtschaft. Abg. Dr. Schulz (Bromberg) (D. N.) verlangt im Gegensaß dazu die bestimmte Festlegung der Tagesordnung auf eine Erklärung der Reichsregierung. Der Antrag Schulz wird gegen die beiden Reichsparteien abgelehnt, der Wunsch des Präsidenten gegen die Stimmen der Deutschen und Kommunisten angenommen. — Schluß 7 Uhr.

Die angeblichen Aeußerungen des Grafen Brodowicz-Ranbau über Rußland.

Berlin, 14. Nov. Die von einer Telegramm-Agentur aus Moskau am 8. November verbreiteten, von und übernommenen angeblichen Aeußerungen des Reichstagsabg. Graf Brodowicz-Ranbau sind, wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, unzutreffend. Ein Interview hat nicht stattgefunden. (W. T. V.)

Dresdener Nachrichten Seite 2

Mittwoch, 15. November 1922

Nr. 485

Der englisch-französische Orientzwiespalt.

Widerprechende englisch-französische Nachrichten.

Paris, 14. Nov. Das „Echo de Paris“ meldet zur französisch-britischen Krise, die durch die Orient-Angelegenheit hervorgerufen wurde: Der Ministerpräsident Poincaré habe gestern eine lange Unterredung mit dem englischen Vorkämpfer Lord Curzon gehabt. Dem Vernehmen nach beständen nunmehr keine ernstlichen Schwierigkeiten zwischen beiden Rädern mehr. Der Vorkämpfer habe dem Auswärtigen Amt in London den Inhalt seiner Unterredung mit dem Ministerpräsidenten bekanntgegeben und den Rat erteilt, Lord Curzon möge am Sonnabend nach Paris kommen, um mit Poincaré zu verhandeln, der sich wegen der parlamentarischen Arbeiten nicht nach Paris entfernen könne. Die Antwort der englischen Regierung werde wahrscheinlich heute eintreffen. (W. T. V.)

London, 14. Nov. Das Ministerbüro erfährt: Wenn nicht befriedigende Vorbesprechungen zwischen den Ministern stattfinden, wird Großbritannien auf der Orient-Konferenz nicht vertreten sein. Man ist der Ansicht, daß die Ministern den Türken mit einem endgültigen Programm gegenüberzutreten müßten, das nicht, daß eine Einheitsfront bezüglich der Regelung der Orientfragen besteht. Ein weiterer Aufbruch der Pariser Konferenz wird daher als unvermeidlich angesehen. (W. T. V.)

England beharrt auf seinem Standpunkt.

Paris, 14. Nov. „Journal des Debats“ schreibt über den Stand der französisch-englischen Orientverhandlungen, heute vormittag sei berichtet worden, daß eine sehr lässige Entscheidung eingeleitet sei und daß die französisch-englische Krise endgültig behoben zu sein scheint. Auch ein Artikel der „Times“ verleihe diesen ausgerechneten Eindruck. Wenn man aber über den Wunsch hat, daß diese Woche keine neuen Nachrichten eintreffen, so müßte man doch schließen, daß die Tatsachen einen der-

artigen Optimismus nicht ganz rechtfertigen, denn das Londoner Kabinett werde sich — dessen könne man sicher sein — nicht nach Paris begeben, bevor es die gewünschte Versicherung durchgesetzt habe, und es werde sich nicht mit einer rein formalen Erklärung zufriedengeben. (W. T. V.)

Ausweisung französischer Konsuln aus Mesina und Adana.

London, 14. Nov. Neuer meldet aus Konstantinopel: Die französischen Konsuln in Mesina und Adana sind hier eingetroffen. Sie wurden von den Kemalisten auf Grund der von Poincaré abgeschlossenen Abkommen entlassen und hatte die Anerkennung des Schutzes der britischen Minderheiten bezeugt. Vor einer Woche war bereits der französische Konsul in Tripolis ausgewiesen worden. Eine Versammlung rassistischer französischer Kaufleute richtete eine energiegelbe Denkschrift an die französische Regierung, worin erklärt wird, die französischen Wirtschaftsinteressen in Kleinasien seien vom Ruin bedroht, wenn den Türken gestattet werde, ihre Ausgrenzungspolitik ungehindert fortzusetzen. (W. T. V.)

Ohnmacht der alliierten Oberkommissare in Samsul.

London, 14. Nov. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die britischen Behörden haben die Lage nicht mehr in der Hand. Die alliierten Oberkommissare sind vollkommen eintausend in ihren Ratsschlüssen an die Regierungen, die durch die dritte Phase gebildet sind. Aber in den alliierten Hauptstädten scheint eine solche Einheit nicht zu herrschen. Dadurch sind die Oberkommissare zur Unfähigkeit gezwungen, und zwar in einem Augenblick, in dem ein energieloses Eingreifen notwendig wäre. Infolgedessen braucht Alliierten sich nicht um die Kapitulationen zu kümmern und protestiert jetzt auch gegen die alliierte Pressepolitik. Da er diese nicht aufheben kann, wird geplant, ein offizielles, artikliches Blatt herauszugeben. (W. T. V.)